

Sehr geehrte Damen und Herren !

Der Rechnungsabschluss 2016 entspricht hinsichtlich des Gesamtumfanges von rund 79,6 Mio. € im wesentlichen dem Voranschlag 2016.

Große Unterschiede gab es im Vergleich zu den Rechnungsabschlüssen der Vorjahre.

Betrag der Haushaltsrahmen 2015 noch 63,8 Mio. €, erhöhte er sich im Jahre 2016 auf 79,6 Mio. €, was einer Steigerung um rund 25 % gegenüber dem Vorjahr darstellt.

Dies hatte auch erhebliche Auswirkungen auf die einzelnen Teilbereiche des Rechnungsabschlusses 2016.

### **Steuereinnahmen der Gemeinde verblieben auf hohem Niveau**

Die größte Einnahmequelle der Gemeinde waren wie bisher die Steuereinnahmen und in deren Rahmen die gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die sich wie folgt entwickelten:

2015 € 26,8 Mio.

2016 € 27,2 Mio.

Die Grundsteuer erbrachte rund € 1,5 Mio., der Erlös aus der Kommunalsteuer als reiner Gemeindesteuer betrug

2015 € 6,1 Mio.

2016 € 6,3 Mio.

Die Gesamtsteuereinnahmen der Gemeinde erhöhten sich von rund 34,2 auf € 34,9 Mio. im Jahre 2016.

Im Hinblick auf die Steuerreform des Bundes im Jahre 2016 ist dies noch ein beachtliches Ergebnis.

Die Zuweisungen des Landes erhöhten sich von 4,4 auf 5,0 Mio. €.

### **Weiterer finanzieller Beitrag sind die beachtlichen Gemeindegebühren**

Die von der Gemeinde eingehobenen Wasser- und Kanalgebühren werden als Gesamtheit seit Jahren auf relativ hohem Niveau gehalten und eher großzügig indexiert.

Die Wasser- und Kanalgebühren ergaben

2015 € 6,1 Mio.

2016 € 6,3 Mio.

Unter Berücksichtigung kleinerer Einnahmegruppen ergaben sich daher für den Gemeindehaushalt 2016 laufende Einnahmen von rund € 55,9 Mio., gegenüber € 52,7 Mio. im Jahre 2015, was einer Steigerung um über 3 Mio. €, oder einer Steigerung von 6,1 % gegenüber dem Vorjahr entspricht.

## **Dynamisch wachsende Ausgaben**

Die Summe der laufenden Ausgaben waren

2015 € 44,3 Mio.

2016 € 47,4 Mio., was einer Steigerung von 7,2 % entspricht.

Der Großteil der Steigerung entfällt auf stark steigende Gesundheits- und Sozialkosten.

Im Spitalfonds werden im wesentlichen die Gesamtkosten des Krankenhauswesens in Verbindung mit den generell steigenden Gesundheitskosten abgerechnet, im Sozialhilfefonds der Ersatz der verschiedenartigen Sozial- und Notstandsmaßnahmen des Landes.

Die steigenden Kosten für den Bereich der Mindestsicherung verbunden mit zunehmender Armutgefährdung sind für diese Entwicklung mitverantwortlich.

An beiden Fonds sind die Gemeinden mit einem hohen Kostenschlüssel beteiligt, der sich als schwere finanzielle Belastung darstellt.

Unter Hinzurechnung der Landesumlage sind die daraus für die Gemeinde entstandenen Kosten im Jahre 2016 von 10,5 auf 13,1 Mio. € gestiegen.

Dies stellt eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von rund 24 % dar.

Eine grundsätzliche Neuordnung der Kostenaufteilung im Sinne einer Entlastung der Gemeinden wird immer dringender.

Die bislang vom Land getroffenen finanziellen Entlastungen vermögen die Belastung zwar etwas abzumildern, aber in keiner Weise zu beseitigen.

## **Weitere Budgetkennzahlen blieben im mittelfristigen Vergleich im wesentlichen unverändert**

Die frei verfügbaren Mittel entwickelten sich wie folgt:

2014 € 5,4 Mio.

2015 € 5,2 Mio.

2016 € 5,7 Mio.

Die Gesamtverschuldung weist nachstehenden Wert auf:

2014 € 65,5 Mio.

2015 € 60,6 Mio.

2016 € 65,7 Mio.

Sie ist somit der Finanzkraft und dem Aufgabenbereich der Gemeinde im wesentlichen angepasst und derzeit auch finanziell tragbar.

## **Investitionstätigkeit konnte Budgetziel nicht erreichen**

Die jährliche Investitionssumme stellt eine der wichtigsten Kennzahlen im Gemeindebudget dar.

Die Investitionen des Jahres 2016 waren mit 11,6 Mio. € zwar höher als in den Rechnungsabschlüssen der Vorjahre, konnten aber den Wert des Voranschlages für 2016 nicht erreichen.

Das Realisierungsdefizit bei den Investitionen von rund 19% gegenüber dem Voranschlag 2016 ist auf rechnerische Übertragungen aber auch auf Verzögerungen bei der technischen Umsetzung der Projekte zurückzuführen. Aufgrund dieser immer wieder vorkommenden Verschiebungen könnte der Investitionsrahmen bei der jeweiligen Budgeterstellung etwas flexibler gehandhabt werden mit positiven Auswirkungen auf die jeweils knappe Budgetierung des Ortszentrums und anderer vergleichbarer Projekte.

### **Die Gemeinde ist auch von nicht getroffenen Entscheidungen betroffen**

Zum Aufgabenbereich der Gemeinde gehören neben den aktuellen in Bau befindlichen Großprojekten auch eine Reihe weiterer Zielsetzungen. Lustenau ist durch eine steigende Wohnbevölkerung und eine private Bautätigkeit gekennzeichnet wobei gerade letztere die öffentliche Infrastruktur stark beansprucht und fallweise auch an Grenzen stößt.

Neben einer Reihe erfolgreicher Betriebe und Investitionen im Schul- und Kindergartenbereich hat unsere Gemeinde im Jahre 2016 nach wie vor eine z.T. unbefriedigende Entwicklung von Standortfaktoren. Dies betrifft die ständige Abwanderung an Kaufkraft, den immer größeren Rückstand im Handels- und Gewerbebereich, den Nachholbedarf im Kinderbetreuungsbereich, vor allem aber auch bei der Gestaltung des Ortszentrums und ungelösten Verkehrsproblemen.

### **Bildungspolitik als Wandel auf glühenden Kohlen**

Mit dieser Schlagzeile beschreibt die Wiener Zeitung die bisherige Bildungsdiskussion in Österreich.

Vordergründig geht es im wesentlichen noch um die sogenannte Clusterbildung und die Befugnisse von Direktoren hinsichtlich der Zusammensetzung des Lehrkörpers.

Gesamthaft ist es der mühsame Versuch der Ministerin, die notwendige Reform gegen Ablehnungen der verschiedensten Art aus den verschiedensten Gruppen endlich umzusetzen. Die Regierung ist zu einem Erfolg verpflichtet, denn der zum Teil mittelmäßige Bildungsstandard ist neben verminderten Lebenschancen auch ein gravierendes Hindernis für die Modernisierung und die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes.

### **Wie kommt der Lustenauer Bildungscampus aus der Sackgasse ?**

Die VS Rotkreuz ist seit Jahren ein baulicher Sanierungsfall.

Neben der notwendigen Generalsanierung wurde die Errichtung eines Schulcampus in Erwägung gezogen.

Das Bildungsreferat setzte daher vor mehreren Jahren einen Projektentwicklungsprozess - eine sogenannte fact-finding-mission - mit Begleitung durch ein externes Beratungsteam, dem auch Architekten und Pädagogen angehörten, in Gang.

Zusammen mit einem Ideen-Papier des Lehrkörpers der VS Rotkreuz wurde in diesen Entwicklungsprozess, der sehr ausführlich gestaltet wurde, auch der Bau eines Schulcampus in die Überlegungen übernommen.

Die Grundbeschaffung und die Finanzierungskosten stellen die Gemeinde allerdings vor enorme Herausforderungen.

Daneben erreichten die Prozessbegleitungskosten bisher den Betrag von rund € 100.000,--.

Nach mehreren Jahren sind die Grunderwerbsverhandlungen praktisch gescheitert und werden die Baukosten für einen Campus als nicht verkraftbar dargestellt.

Wenn jetzt auf die Sanierungslösung oder einen Neubau bei der Volksschule Rotkreuz eingeschwenkt wird, ist die Angelegenheit nicht vom Tisch sondern unter dem Teppich.

Bei einem neuen Ansatz könnte auch die Musikschule ganz oder teilweise in den Campus integriert werden.

## **Bewegung im Ortszentrum**

„Und es bewegt sich doch“ ist offenbar die neue Devise im Rathaus.

Ein Nachdenkprozess, der sich über Jahrzehnte von Rechnungsabschlüssen erstreckte, mündete offenbar in einer sogenannten Begegnungszone.

Bevor die Bagger auffahren, sollte allerdings noch jemand schlüssig erklären, wie aus einer Straße mit einem Tagesverkehr von 13.000 Autos eine sogenannte Begegnungszone werden soll.

Es ist sehr ernsthaft zu befürchten, dass es ein Zentrum allgemeiner Unzufriedenheit mit auf 20 km/h beschränkten Autofahrern wird und andererseits Fußgängern, die nicht flanieren und in Ruhe die Geschäfte betrachten können, sondern ständig vor dem drängenden Autoverkehr auf der Hut sein müssen.

Sie werden mit ihrer Idee maximale Unzufriedenheit mit einer – wenn überhaupt - minimalen Verbesserung der Situation eintauschen. Wo gibt es schon eine Flanierzone mitten im motorisierten Verkehr? Den zu erwartenden Aufwand würde nur eine Fußgängerzone rechtfertigen, ausgestattet mit hellem freundlichem Belag, mit attraktivem Einkaufsangebot und mit urbanem Flair samt Bibliothek als gesellschaftlicher und literarischer Begegnungsort, der heutigen Vorstellungen von einem pulsierenden Ortsmittelpunkt entspricht.

## **Verkehrsplanung braucht neue Ideen**

Mit den bisherigen Stehsätzen kann die Verkehrsabwicklung in den kommenden Jahren nicht mehr funktionieren, wir brauchen neue Ansätze.

Auch in Vorarlberg behindert der Individualverkehr in hohem Maße den ÖPNV, der seine Entlastungsaufgabe infolge der zunehmenden Staubbildungen in unserem Straßennetz immer weniger erfüllen kann.

Auch für den Präsidenten der Industriellenvereinigung lautet im Verkehrsbereich die grundlegende Gleichung unserer Tage: „Je mehr öffentlicher Verkehr, desto weniger Individualverkehr“.

Immer neuer Straßenbau führt aber nicht zu weniger, sondern zu mehr Individualverkehr und wirkt daher wie als innerer Widerstand gegen die Stärkung des öffentlichen Verkehrs.

Diese Fehlsteuerung muss im Zuge einer nachhaltigen Verkehrspolitik endlich beseitigt und von gigantischen Projekten im Straßenbereich Abstand genommen werden.

Auch die Vertreterin des Naturschutzes betont: „Und wenn wir ehrlich sind, haben wir mit der vermeintlichen Ideallösung S-18 bereits 50 Jahre verloren“.

Der Dornbirner Stadtplaner erklärt öffentlich, dass bei Fortsetzung der bisherigen Entwicklung auch über eine Straßenbahn nachzudenken sei. Für Lustenau heißt dies mitzudenken, bevor es wieder zu spät ist.

## **Radwegplanung als Millionengrab**

Ein finanzielles und planerisches Desaster von nahezu historischen Ausmaßen stellt die Radwegführung im Umkreis des Bahnhofes dar.

Wegen des sich immer weiter aufbauenden Tohubawohus hinsichtlich der Trassenführung und der enormen Kosten, die sich für eine Teilstrecke von rund 500 m für Land und Gemeinde zusammenbrauten, musste die Notbremse gezogen und der Bau dieses Teilstückes des Radweges abgesagt werden. Der Prüfungsausschuss wird in den kommenden Wochen den Versuch unternehmen, den millionenschweren Irrweg etwas zu erhellen.

Meine Damen und Herren,

Verkehrsfragen haben in Lustenau auch immer grenzüberschreitenden Charakter.

Nachdem an der Mitwirkung aller Fraktionen an grenzüberschreitenden Verkehrsgesprächen im abgelaufenen Jahr seitens der Gemeinde Lustenau kein besonderes Interesse bestand, besteht umso mehr die Notwendigkeit einiger Feststellungen.

**Es muss eine Verkehrsplanung geben, die anders aussieht**

Es gehört inzwischen zum erstarrten politischen Ritual, eine kurze Verbindung zwischen der schweizerischen und österreichischen Autobahn als nutzlos abzulehnen und weiterhin auf dem Riesenprojekt der S-18 zu beharren.

Was damit auf uns zukommen kann, zeigt die im Raume Wien geplante Lobau-Schnellstraße mit einer kilometerlangen Unterführung an der seit 14 Jahren erfolglos herumgeplant wird.

Inzwischen geht es aber auch dort um die Frage ob der motorisierte Individualverkehr wie in den letzten 50 Jahren weiter gehen kann oder ob es eine Zukunft geben muss, die anders aussieht.

Wohl alle Schnellstraßenpläne derartigen Ausmaßes stehen im Widerspruch zu den Klimazielen, die ohne deutliche Reduzierung des Kfz-Verkehrs nicht zu erreichen sind und was das Gesamtverkehrskonzept des Bundes auch vorsieht. Die ASFINAG stellt inzwischen fest, dass durch den Straßenbau nur eine marginale Entlastung zu erzielen sei.

Nach spätestens 10 Jahren zeige sich vielmehr durch die Ausbaumaßnahmen eine gleiche oder gar höhere Belastung des gesamten Straßennetzes.

Dadurch werden auch die rechtlichen Verfahren äußerst komplex, da die Bewilligung derartiger Projekte keinesfalls Formsache ist – wie dies die Herrn vom Wiener Flughafen noch glaubten - und Klima- und Umweltziele im Verfassungsrang mehr sind als Überschriften in Sonntagsreden.

Auch wir müssen noch rechtzeitig handeln und Verkehrsprojekte nicht immer mit einem möglichst großen Aufwand in die Landschaft betonieren, sondern nach vernünftigen und schonenden Lösungen suchen, mit denen auch unsere Nachkommen leben können.

Abschließend möchte ich dem Kommunalverwalter Mag. Klaus Bösch mit seiner Abteilung, im besondern aber auch der Lustenauer Bevölkerung für die geleistete Arbeit, die diesen Rechnungsabschluss ihrer Gemeinde ermöglichte, sehr herzlich zu danken.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit